

Diametrale Differenzen

Posted on 12. Juni 2025 by Klaus Vater



Bild: geralt auf Pixaby

Man kann die Absichten der Verfasser und Verfasserinnen des nun bekannt gewordenen *Manifestes* über Krieg und Frieden in Europa drehen und wenden wie man will: Stellt sich der ordentliche Parteitag der SPD vom 27. bis 29. Juni in Berlin hinter dieses Manifest, wird das Ende der neuen schwarz-roten Koalition eingeläutet. Das würde kein Ende von jetzt auf gleich sein, obgleich sofort ein ziemliches öffentliches Gedöns einsetzen würde; aber ein Ende in Etappen wäre vorgezeichnet.

Ich stütze mich in dieser Bewertung auf die umfangreiche Berichterstattung des [Tagesspiegel](#) zum Thema „Inhaltlich in weiten Teilen fragwürdig: SPD-Abgeordnete distanzieren sich von Stegners ‚Manifest‘“ (Siehe auch im [Stern](#) „Das steht im Grundsatzpapier der SPD-Politiker“ und im [Spiegel](#) „Jetzt knallt es in der SPD“; der Wortlaut des Manifests steht [hier](#)). Den Verfasserinnen und Verfassern des *Manifests* passt erkennbar die ganze Richtung der Sicherheits- und Rüstungspolitik der Bundesregierung nicht: Zu viel Rüstung, zu rasch und sowieso eigentlich nicht nötig. Und damit passt denen auch die Richtung der europäischen NATO-Mitglieder nicht, die wesentlich mehr öffentliche Mittel aufwenden wollen als bisher, um die USA in Europa zu halten. Man nennt Verteidigungsetats von 3,5 v.H. des Inlandsprodukts, wie sie der der SPD angehörende Verteidigungsminister Pistorius vertritt „irrational“, also bar der Vernunft und eigentlich nicht nachvollziehbar.

Mit Russland oder mit der gegenwärtigen Führung?

Im zentralen Teil der Politik zur Wiedergewinnung von Waffenruhe in Europa unterscheidet sich das Manifest also diametral von Vorstellungen derjenigen, die in der Koalition mit CDU/CSU- zusammenarbeiten wollen. Und zwar in der Bedrohungs-Analyse mit Blick auf die Politik der gegenwärtigen Führung Russlands. Da liegt der Grund für die Wertung „irrational“. Die aktuelle sowie die künftige Bedrohung wird offenkundig für wesentlich weniger gefährlich gehalten als in der Bundesregierung. Die übereinstimmende Auffassung der Führungen in den baltischen Staaten, Finnlands, Schwedens, Moldawiens und Polens, wird nicht wahrgenommen, denn die ist von einer realen und wachsenden Bedrohung durch Russland unter Führung Putins geprägt. Es heißt lediglich: „Die Unterstützung der Ukraine in ihren völkerrechtlichen Ansprüchen muss verknüpft werden mit den berechtigten Interessen aller in Europa an Sicherheit und Stabilität.“ Auf dieser Grundlage müsse nach dem Schweigen der Waffen mit der russischen Führung geredet werden. Man müsse mit Russland auf dieser Grundlage ins Gespräch kommen. Mit Russland oder mit der gegenwärtigen Führung?

Die Interessen aller? Auch die Orbans? Wie funktioniert das, wenn nicht mal ein Schweigen der Waffen über einige Wochen hinweg mit der russischen Führung vereinbart werden kann? Wie macht man das, wenn ein Beteiligter, statt Zeichen der Besonnenheit zu vermitteln, gewalttätiger vorgeht? Wie sieht es mit Anklagen und Strafen für Kriegsverbrecher aus? Sind die [Dokumentationen](#) der ukrainischen Menschenrechtsorganisation Truth Hounds in das Manifest mit eingeflossen?

Was wird aus den abertausenden Kindern, die in der Ukraine geraubt und nach Russland entführt worden sind? Wo finde ich deren Schicksale im erwähnten Manifest? Nirgendwo. Was ich finde, das ist ein Hinweis, man brauche keine „einseitigen Schuldzuweisungen, sondern eine differenzierte Analyse“. Das sagt zum Beispiel auch Frau Wagenknecht. Die redet ja unentwegt davon, man müsse deeskalieren und ins Gespräch kommen. Die Manifestanten sagen, die Bundeswehr müsse eingebettet sein in eine „Strategie der Deeskalation und in eine schrittweise Vertrauensbildung“; während die mörderischen Angriffe auf zivile Einrichtungen in der Ukraine ausgeweitet werden.

Wir in Deutschland haben Dissidenten aus früheren Ostblock-Ländern die so kostbare Botschaft zu verdanken, dass Freiheit immer wieder verteidigt werden muss. Für mich ist dieses Erbe der Dissidenten- Bewegungen ebenso bedeutsam wie die Friedens- und Ostpolitik der Brandt-Ära. In beidem steckt mein persönliches „Manifest“.

- [E-Mail](#)

-  [teilen](#)
-  [teilen](#)
-  [teilen](#)
-  [teilen](#)